

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Sie lesen auf Seite 37:

☆☆☆
Chinas „Sprung nach vorn“

MAX BIEHL

Volkskommunen in China

Geschlossener Vortrag im Wirtschaftswissenschaftlichen Club am Institut für Weltwirtschaft, Kiel, gehalten am 20. November 1958.

Einige Worte zur Vorgeschichte der Volkskommune in China. 1955 wurde zum ersten Mal in China eine Ernte erzielt, die beträchtlich über alle früher erreichten hinausging, z. T. durch klimatische Gunst, z. T. auch unleugbar durch die Leistungen der neuen Organisation unter kommunistischer Führung. Nach dieser Rekordernte, die zum ersten Mal eine Ernte annähernd mit der gleichen Pro-Kopf-Rate wie in der besten Zeit vor dem Kriege (1936) lieferte, kam die Aktion der allgemeinen Kollektivierung der Landwirtschaft in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. In den beiden folgenden Jahren wurde bei geringerer klimatischer Gunst eine Ernte erzielt, die jedes Mal nur wenig größer war. 1956/57 ist dabei ein ausgesprochenes Erschlaffen des Eifers festzustellen. In dem Winter der großen Kollektivierungswelle 1955/56 war außer dieser organisatorischen Maßnahme auch bereits der Ausbau von Bewässerungsanlagen auf viele Mill. ha ausgedehnt worden. In dem folgenden Jahr kam praktisch überhaupt keine Erweiterung der Bewässerung zustande. Das Zusammentragen von Kompostmaterial für die Düngung — entscheidend wichtig, solange man noch keinen chemischen Dünger hat — ging 1956/57 beträchtlich zurück. Auch die mehrfach angebauten Flächen wurden kleiner. Das alles ist durch amtliche Angaben inzwischen publik gemacht worden, und ich habe es an Ort und Stelle auch feststellen können, sogar in solchen Kollektivwirtschaften, die mir als ausgesprochen fortschrittlich genannt waren. Selbst hier wurde mir ohne Rückhalt aus den Daten des Buchhalters gezeigt, daß sie 1956/57 manche Bemühungen aufgegeben hatten, die sie im Jahre vorher unternommen hatten. Es gelang aber dem Regime, im Verlauf des Jahres 1957 diese Ermattung völlig zu überwinden und einen weitaus größeren Aufschwung in den ökonomischen Bemühungen der kollektivierten Bauern herbeizuführen. 1957/58 wurden von den kollektivierten Bauern Chinas Bewässerungsanlagen ausgebaut, die zur Bewässerung von zusätzlichen 32 Mill. ha ausreichten. Das ist eine Fläche in der Größenordnung der Bundesrepublik Deutschland. Es wurde in dieser gleichen Zeit Kompostmaterial im Umfang von 15 1/2 Milliarden t zusammengetragen. Mir ist entgegengehalten worden: wie will man das wissen, wie sollen die Leute selber das wissen? Das ist sehr einfach, weil nämlich das Zusammentragen von Kompostmaterial, um einen besonderen Anreiz zu geben, in der Regel nicht nur mit Arbeitspunkten gutgeschrieben wurde, sondern mit baren Cents bezahlt wurde. Und da ist es ja selbstverständlich, daß man in jeder Kollektivwirtschaft wußte, wieviel zusammengetragen und bezahlt wurde.

Auf Grund der Erfahrungen nach der Rekordernte von 1955 mußte man erwarten, daß nach der heranwachsenden Rekordernte 1958 wieder

eine große Aktion kommen würde. Die Ernte dieses Jahres ist nicht viel weniger als doppelt so groß wie die von 1957. Die politische Aktion, die darauf folgte, ist entsprechend gewaltig. Ein solcher materieller Erfolg der bisherigen Arbeit regt das Regime an, nun mit einer Maßnahme herauszukommen, die als Strapaze erlebt werden wird, die also auch für das Regime ein gewisses Risiko einschließt, aber in Erinnerung an den großen materiellen Erfolg des letzten Jahres wahrscheinlich getragen werden wird. Man hat nichts unversucht gelassen, um diese kommende große Aktion so vorzubereiten, daß ein Mißerfolg oder auch nur eine Stockung, irgendwelche sichtbaren Widerstände, nicht zu erwarten sein werden. Volkskommunen sind etwa ein Jahr vorher zur Probe durchexerziert worden. Einige davon habe ich gesehen; ich wußte es nicht, man hatte mir nicht gesagt, daß hier etwas Neues entsteht, ich bemerkte nur, daß einige sehr große Kollektivwirtschaften den zuletzt publizierten und noch geltenden Direktiven der amtlichen Stellen in manchen Dingen zu widersprechen schienen. Ich fragte danach, doch gab es keine klare Auskunft; erst nach meiner Rückkehr, als die Großaktion anlief, wurde mir klar, wo ich gewesen war: auf den Probekommunen. Erst als man an diesen Beispielfällen Erfahrungen gesammelt hatte und die riesige Ernte in Sicht war, entschloß man sich, mit der Aktion zu beginnen. Und wie wurde sie vorbereitet! Im Juni habe ich noch das „Anheizen“ der öffentlichen Stimmung erlebt. Ende Mai erfuhren wir in Peking von der Rede des Parteiideologen Liu Shao-chi, in der von einer besonderen Verschärfung und strengeren Fassung der Parteilinie die Rede war. Das stand in Verbindung mit einer großen Säuberungsaktion, in der Dutzende von Funktionären der obersten Stufen ausgeschieden wurden. Man las allseits diese Rede mit größter Aufmerksamkeit und fand eigentlich noch nicht darin, was denn nun großes Neues kommen sollte. Aber wir erlebten, daß praktisch die gesamte Bevölkerung, vom Vizeminister bis zum Pedicabfahrer, wochenlang vom frühen Morgen bis zum späten Abend in Schulungskursen zusammengefaßt wurde, ohne daß man schon erfuhr, was denn nun eigentlich kommen würde. Es war ein seelischer Accelerator, in dem die Stimmung so elektrisiert wurde, daß, als endlich drei Monate später, nämlich in den letzten Augusttagen, die Parole herauskam „Alles in die Volkskommunen“, dies als ein erlösendes Gewitter empfunden wurde und alles ohne Widerstand in die Kommunen ging, so daß innerhalb von vier Wochen über 120 Mill. Familien in den neuen großen Kommunen zusammengefaßt waren.

Mit dieser Vorbereitung nicht genug, wurde die Aktion auch noch weiterhin nach mehreren Seiten abgesichert. Einmal geschah dies durch

die Proklamation, daß in den neuen Kommunen der „erste Schritt zum reinen Kommunismus“ getan werden würde, und zwar mit der Versorgung der Bevölkerung nicht ihrer Leistung nach, sondern nach ihrem Bedürfnis, indem zumindest die Nahrungsmittel frei abgegeben werden würden, also einfach nach der Kopfbzahl der Familie, ob die Familie viele oder wenige Arbeitskräfte hat. Man muß sich vorstellen, was dieser Schritt, die freie Abgabe von Lebensmitteln, in einem Lande bedeutet, das in allen seinen Schichten noch die unmittelbare Erinnerung an ewige Not, Hungerkatastrophen, Vertreibungen usw. hat. Von dem gesamten „Konsumfonds“ der Kommunen entfällt rund eine Hälfte auf frei zu verteilende Lebensmittel und Dienste, die andere auf den Geldlohn (d. h. Leistungslöhne und Prämien).

Auf der anderen Seite wurde noch eine weitere Sicherungsmaßnahme eingebaut. In den gleichen Tagen nämlich, Ende August, als eine Sitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas die

Parole zum allgemeinen Eintritt in die Volkskommunen und die Parole „Verdoppelung der Stahlproduktion innerhalb dieses Jahres“ ausgab, in den gleichen Tagen begann die Kanonade von Quemoy. Es ist nicht sicher und wird von manchen Spezialkennern bezweifelt, ob dies von vornherein eigens gestartet worden ist, um den nationalen Notstand herauskehren zu können, zumindest aber, nachdem die Dinge so liefen, wie sie gelaufen sind nachdem aus der Kanonade von Quemoy eine große Krise entstand, hat man in China den „nationalen Notstand“ benutzt für den inneren Konsum, um zu erklären, es verstehe sich von selber, daß im Notstand sich niemand ausschließen könne von der quasi-militärischen Zusammenfassung der Gesamtbevölkerung in den Kommunen, die gleichzeitig als Miliz organisiert werden. Ich glaube, man kann aus der ungeheuren Breite und Vielseitigkeit der Vorbereitungs- und Sicherungsmaßnahmen entnehmen, daß das Regime wohl das Bewußtsein hatte, hier das Äußerste zu wagen.

Alles wird verstaatlicht

Wie ist nun die Stellung des Menschen in der Kommune gedacht? Es sind sehr große Zusammenschlüsse; der Umfang liegt zwischen einem Durchschnitt von 2 000 Familien in bergigen Provinzen und einem Durchschnitt von 10 000 Familien in den Ebenen. Es gibt welche mit 20 000 Familien und mehr. Zunächst sind rein ländliche Volkskommunen gebildet worden, in denen wenigstens 90 Prozent aller Bauernfamilien sind, aber eingeschlossen wurden auch die kleinen Landstädte mit ihrem ganzen Bestand an genossenschaftlich organisierten Handwerkern, mit ihren Behörden und staatlichen Handelsorganisationen und ihrer vorhandenen Kleinindustrie usw. Inzwischen sind aber bereits auch nichtlandwirtschaftliche Kommunen gebildet worden, nämlich in Bergwerksbezirken. Von den früheren Zusammenschlüssen, die bis zu einem gewissen Grade noch den Charakter von Genossenschaften aufrechterhielten, unterscheidet sich die Volkskommune zunächst einmal schon dadurch, daß es kein Austrittsrecht für die Mitglieder gibt. Dann hat die Volkskommune die Aufgabe, die staatliche Verwaltung in den untersten Stufen geradezu abzulösen. Die meisten Volkskommunen sind von vornherein gleichbedeutend mit einem Amtsbezirk, der etwa 20 Dörfer zusammenfaßt. Häufig werden dabei die Grenzen erweitert. Es gibt dann einige sehr große Volkskommunen, oder auch Verbände von Volkskommunen, die den gleichen Umfang erhalten mit einem Landkreis, einem Hsien, der größer ist als ein Landkreis bei uns in Deutschland. Es wird geradezu eine Fusion der Spitzenorganisationen dieser beiden ganz verschiedenen Dinge durchgeführt, die behördliche Verwaltung von Amtsbezirk und Kreis wird hinweggenommen in die Volkskommune und der Rat der Volkskommune ist der eigentliche Träger gleichzeitig der staatlichen Lokalverwaltung.

Eigentum in der Volkskommune wird fast restlos nationalisiert, nicht etwa nur genossenschaftlich zusammengefaßt, wie es vorher war oder sein sollte, sondern ganz ausdrücklich nationalisiert, und zwar nicht nur sämtliche Produktionsmittel: das Ziel ist, bis zum letzten Obstbaum und bis zum letzten Haustier alles zu verstaatlichen oder zu nationalisieren. Nur für eine Übergangsperiode ist noch vorgesehen, daß kleine Vorgärten mit Obstbäumen und ein paar Hühner usw. noch in Privatbesitz geduldet werden, aber bei der nächsten Stufe, nämlich dem Abbruch der verstreuten Bauernhäuser und Zusammenfassung der Bauern in großen, vorstadtähnlichen Siedlungen „*verschwindet das Interesse an diesem Restbestand an privater Wirtschaft überhaupt*“. Auch solche Zusammenfassung der ganzen Bevölkerung eines Landbezirks in ein paar stadtähnlichen Siedlungen habe ich bereits gesehen, es war im Gange in Reisbaubezirken, wo der Boden besonders wertvoll ist und das Einziehen der verschiedenen verstreuten Bauernhöfe mit nicht mehr benötigten Getreidespeichern, Dreschmaschinen usw. besonders dringlich erschien, um mehr Land zu gewinnen. Mit dieser Änderung der Wohnverhältnisse verschwindet dann auch das Privateigentum am Hause; selbst die Wohnhäuser, die nicht als Produktionsmittel gelten, werden also nationalisiert im weiteren Verlauf.

Das Wichtigste ist natürlich der Arbeitseinsatz, denn die eigentliche raison d'être ist ja, daß der wirtschaftliche Effekt der Arbeit

erhöht werden soll. Zusammengefaßt werden die Arbeitskräfte in Kontingente und Brigaden: Brigaden sind größere Arbeitsgruppen, die bisher schon in den landwirtschaftlichen Betriebsgenossenschaften bestanden haben, die ungefähr mit einer Dorfschaft zusammenfielen, also geographisch abgegrenzt waren; das ist für die Volkskommunen eine zu kleine Einheit. Außer dieser Brigade-Dorfschaft gibt es nun noch eine höhere Stufe, das Kontingent. Die Verwendung militärischer Bezeichnungen gehört zum System. Ist doch gelegentlich der Brigadeführer (in Bergbaukommunen ist das der Obersteiger) zugleich auch Milizhauptmann sowie Blockwart für den gleichen Personenkreis, der im übrigen selbst seine Mahlzeiten gemeinsam in der Volksküche einnimmt¹⁾.

Die 16- bis 25-Jährigen in der Volkskommune werden besonders als „erste Linie“ sowohl für die Milizorganisation wie für den beweglichen Arbeitseinsatz betrachtet. Insbesondere für diese jüngere Gruppe von Arbeitskräften gilt also die freie Verfügung der Kommunenverwaltung, daß sie heute in die Reisfelder kommandiert werden, gleich nach der Ernte in ein Bergwerk — Kohlenbergwerke gibt es fast in drei Viertel aller Landkreise Chinas — oder zum Bau der neuen kleinen industriellen Betriebe, je nachdem, wo gerade ein Stoßbedarf gegeben ist.

Besonderes Gewicht wird nun bei dieser Reform darauf gelegt, die Arbeitskraft der Frau freizumachen aus der Bindung im Haushalt. Es gab da auch schon Vorstufen, indem nämlich in manchen als besonders fortschrittlich bezeichneten landwirtschaftlichen Betriebsgenossenschaften Küchengruppen von etwa 10 Familien gebildet wurden, die nur eine Küche in Betrieb hielten, die abwechselnd von den Hausfrauen der 10 Familien bewirtschaftet wurde. Jetzt geht es viel weiter: es ist in vollstem Gange und schon in manchen Provinzen weit fortgeschritten, daß das Essen überhaupt nur noch aus den Volksküchen verabfolgt wird. Wie in jeder Aktion in China, verbinden sich hierin eine ganze Reihe verschiedener Ziele: einmal Freimachung der Arbeitskraft der Frau, zweitens die Sorge dafür, daß diejenigen Nahrungsmittel besonders untergebracht werden, die bei dieser überreichen Ernte besonders massenhaft angefallen sind und sich nicht so sehr zum Einlagern eignen. Das Getreide in unserem Sinne, das Korn, wird man in möglichst großem Umfang zur Vorratsbildung benutzen, und zwar nicht allein durch die Staatshandelsorgane. Jede einzelne Kommune soll möglichst bald einen Vorrat von mehr als einem Jahresbedarf anlegen (wiederum eine strategische Maßnahme). Verbraucht werden soll möglichst weitgehend die Ernte an Süßkartoffeln, die man etwas übertrieben forciert hat. Für die Unterbringung der riesenhaften Süßkartoffelernte gibt es verschiedenerlei Maßnahmen: es werden in Ausstellungen hundert Rezepte vorgeführt, mit denen man die verschiedensten Mahlzeiten ma-

1) Die zentrale Direktive vom 18. Dezember hat sich unter Benutzung der Formel „Trunken vor Erfolg“ gegen den Ueberifer örtlicher Funktionäre gewendet und neben der Nationalisierung von Haus und persönlichem Besitz gerade auch die Personalunion von Brigadeführer und Milizhauptmann als unzulässig bezeichnet.

chen kann; es werden gleichzeitig aber auch in den Volkskommunen Alkoholbrennereien gebaut, und der Alkohol soll teilweise als Treibstoff für die Traktoren benutzt werden, teilweise werden Kunstkautschukfabriken gebaut, kleine Fabriken, die von den Kommunen selbst gebaut werden können. Das war nur ein Beispiel für diese Mehrseitigkeit und Mehrdeutigkeit jeder Maßnahme in China. Wir interessieren uns im Augenblick nun besonders dafür, daß durch diese Volksküchen und Nähstuben und Kinderheime und Altersheime, die überall zu Zehntausenden gebaut oder eingerichtet werden, die Hausfrau aus der Familie fast ganz herausgelöst werden soll, um sich ebenfalls an der Güterproduktion zu beteiligen. Es ist im allgemeinen so gedacht, daß an der Industrialisierung in Form von Kleinbetrieben in den Volkskommunen sich insbesondere die Frauen beteiligen sollen. Die Auflösung des Familienzusammenhangs ist für uns von der menschlichen Seite gesehen das Beunruhigendste und auch fast nicht zu Begreifende. Ich habe aber selber Beispiele erlebt von Familien bzw. von Frauen mit Familie und Kleinkind, die durch ihre Arbeit praktisch verhindert sind, mit ihrer Familie mehr als jedes zweite Wochenende zusammenzusein und die das als einen erstrebenswerten Zustand er-

klärten. Wie weit diese Behauptung, das eben sei das Richtige, aus der Tiefe kommt — hineinschauen kann man nicht. Auch dadurch, daß der Lohn, der noch gezahlt wird — etwa 50 Prozent des Arbeitsentgelts soll noch als Lohn verteilt werden, davon im Durchschnitt ein Viertel als Leistungsprämie und das übrige als ein (gestaffelter) Monatslohn —, nicht mehr wie bisher das bäuerliche Jahreseinkommen an die Familie gezahlt wird sondern an den Einzelnen, wird noch einmal die Lockerung des Familienzusammenhangs betont. Es wird uns häufig von Kennern des alten China gesagt, „daß kann man sich einfach nicht vorstellen, daß das gut geht, wenn man weiß, was die Familie in China bedeutet hat“. Man muß da doch feststellen, daß es in der Vergangenheit Chinas zwei Formen autonomer Verbände gegeben hat, einmal den Familienverband an erster Stelle, daneben aber, auch sehr bedeutend, den landsmannschaftlichen Verband. Und das kommunistische Regime ist zwar dabei, den Familienverband bis auf den Grund aufzulösen, hat aber auf der anderen Seite das ganze Gewicht auf den landsmannschaftlichen Verband gelegt und diesen ausgebaut bis zur Volkskommune. Es ist also immerhin nicht eine totale Umkehrung aller Werte, sondern man hat eben doch ein vorhandenes Element benutzt.

Mehr Ernten im Jahr

Die entscheidende Frage für den Erfolg der Aktion ist nun: was im ökonomischen Bereich kann die Volkskommune besser leisten, als es schon die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft tat? Vorausgesetzt überhaupt, daß der Mensch sich nicht zur Wehr setzt gegen diese extreme organisatorische Zusammenfassung!

Schon die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft hat Dinge geleistet, die offenbar mit freien, auf bestimmte Funktionen beschränkten Genossenschaften des europäischen Stils nicht oder fast nicht zu erreichen sind, wie z. B. die Erweiterung des bewässerten Landes innerhalb eines Jahres um 32 Mill. ha. Man stelle sich doch nur vor, was das für Rechtsstreitigkeiten gäbe, wenn der eine Kleinbauer, der in China meist nur einen halben Hektar oder weniger gehabt hat, sein Land hergeben muß für den Bewässerungskanal und Bewässerungsteich, und die anderen haben den Vorteil davon. Es gäbe dann bei den 120 Mill. chinesischen Bauernfamilien 120 Millionen Prozesse um die Entschädigung! Es ist nicht vorstellbar, daß mit einem solchen Werk voranzukommen wäre, ganz abgesehen davon, daß nach einer Flurbereinigung, wenn die alte Realerbteilung beibehalten wird, man das Vergnügen hätte, nach zehn Jahren die ganze Bereinigung von neuem zu machen. Wie sollte bei einem solchen System ein derartiges Tempo von Meliorationsarbeiten und anderen landwirtschaftlichen Verbesserungen erreichbar sein? Ebenso erfolgreich hat sich schon die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft dabei erwiesen, die Erntearbeiten und die Bestellungsarbeiten zu beschleunigen. Den Nutzen der künstlichen Bewässerung und der reichlichen Düngerbeschaffung kann man unter den klimatischen Verhältnissen des größten Teils von China erst dann voll auswerten, wenn man diese Gelegenheit benutzt an den Stellen, wo man bisher drei Ernten in zwei Jahren hatte, nun zwei Ernten jährlich zu erzielen, und da, wo man bisher schon zwei Ernten hatte, drei Ernten pro Jahr zu erzielen. Das scheiterte bisher lediglich daran, daß die Periode, in der keine Feldfrucht auf dem Felde stand, nämlich von der Ernte bis zur neuen Saat oder Bepflanzung, zu lange dauerte. Gewöhnlich hat diese „leere“ Zeit des Feldes früher 6–7 Wochen gedauert. Man hat es fertiggebracht, durch den organisierten Arbeitseinsatz, bei dem die Leute allerdings auch gezwungen werden konnten, in diesen Zeiten nahezu 24 Stunden durchzuarbeiten, die leere Zeit bis auf 10 Tage zu reduzieren, ohne Traktor. Wenn durch diese äußerste Anspannung erreicht wird, daß gerade Zeit genug herausgespart wird, um eine dritte Ernte einzuschieben, ist der Nutzen sehr beachtlich.

Welche Aufgaben sind es aber nun, die jetzt speziell den Volkskommunen gestellt werden? Aufgaben, die zu groß sind, als daß sie auch von der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft hätten bewältigt werden können? Eins ist die Konzentration der Nahrungs-

mittelerzeugung und überhaupt des Ackerbaus auf die besten Böden, auf die künstlich bewässerten Böden, und die Herausziehung von Land, das entweder zu sandig, zu trocken oder zu abschüssig ist, als daß es vernünftigerweise unter dem Pflug sein sollte. Das ist eine der Konsequenzen der riesenhaften Ernte, daß man mit dem Gedanken umgeht, bis zu einem Drittel des Ackerlandes aus der Kultur zu ziehen, entweder aufzuforsten oder in Weideland zu verwandeln, besonders in der Inneren Mongolei; dort ist dies in vollem Gange. In den nördlichen Gebieten der Provinz Hopei, nördlich der Großen Mauer, ist bereits in diesem Jahr die angebaute Ackerfläche, wie es heißt, auf weniger als die Hälfte reduziert worden, nämlich im wesentlichen auf Flächen, die in diesem Jahr der künstlichen Bewässerung zugeführt worden sind. Die Ernte ist infolgedessen nicht geringer, sondern größer geworden. Ein großer Teil des freigemachten Landes wird wieder in Steppenweide verwandelt und den ebenfalls bereits kollektivierten mongolischen Hirten zur Bewirtschaftung übergeben. Das ist volkswirtschaftlich sehr erwünscht, da man Arbeitstiere gar nicht genug haben kann und diese mongolischen Kollektivwirtschaften vor allen Dingen die Aufgabe haben, dem übrigen China Arbeitsvieh zu liefern. Und gleichzeitig ist es natürlich politisch hochwillkommen, in diesem Grenzbezirk gegen die Mongolen, wo der Haß durch Jahrhunderte groß war, weil der Pflug der Chinesen immer weitere Strecken der Steppe den mongolischen Hirten wegnahm, unter dem neuen Regime die Weidfläche wieder auszudehnen. So verbinden sich in jeder chinesischen Maßnahme mehrere Dinge. Wenn nun diese Umstellung in größerem Stile anlauft, so ergeben sich damit Verschiebungen, ja geradezu Umsiedlungen, die über das Maß dessen, was in der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft gemacht werden kann, sehr weit hinausgehen.

Das nächste sind die nun allmählich schwierigeren Bewässerungsarbeiten. Die Dinge, die mit einfachen örtlichen Mitteln zu machen waren, sind bei der ungeheuren Anstrengung des letzten Jahres schon weitgehend ausgeführt worden. Man kann es geradezu aus dem Jahresplan erschen: für das Jahr 1958/59 ist der Ausbau einer etwa gleichen Fläche von abermals 30 Mill. ha für Bewässerung vorgesehen. Es ist aber gleichzeitig veranschlagt, daß die Erd- und Steinbewegungen, die damit verbunden sein werden, doppelt so groß wie im Vorjahr sein werden. Dabei sollen jedoch weniger Arbeitskräfte eingesetzt werden, weil nämlich inzwischen von den Bauern eine geradezu unübersehbare Fülle von technischen Verbesserungen auf den Baustellen entwickelt worden ist, die keine industriellen Erzeugnisse verlangen, sondern vom Bauern und Dorfhandwerker mit eigenen Mitteln hergestellt werden können. Aber selbstverständlich ist es bei diesem nun allmählich schwieriger werdenden Bewässerungsbau auch durchaus eine Erleichterung, wenn die Einheit, nämlich die Volkskommune, jetzt größer ist als vorher die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft.

Das Wichtigste aber ist unter den Aufgaben, die eben die Volkskommune lösen kann und nicht die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft, die Industrialisierung des platten Landes rein durch Selbsthilfe. Davon habe ich auch die ersten Beispiele gesehen, aber angelaufen ist die Aktion im großen auch erst nach der Direktive des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas vom 29. August. In welchem Maße sie angelaufen ist, möchte ich durch einige wenige abgerundete Zahlen auf dem Gebiet des Kohlenbergbaus und der Eisen- und Stahlproduktion andeuten. Im Oktober, d. h. in der auf vollen Touren laufenden Aktion, wurden nach den amtlichen Angaben 70 Millionen t Kohle gefördert, das ist die Hälfte dessen, was China im ganzen Jahr 1957 gefördert hat. Und davon stammen $\frac{3}{4}$ aus den kleinen örtlichen Gruben der Volkskommunen, die fast sämtlich erst seit Ende August eröffnet worden sind. Beim Roheisen: Oktoberproduktion nach den amtlichen Daten fast 9 Mill. t, oder anderthalb mal so viel, wie China im Jahre 1957 insgesamt produziert hat; zu 90% aus den kleinen, mittelalterlichen Eisenschmelzen, die seit dem 29. August gebaut worden sind. Beim Stahl sind es im Oktober beinahe 2 Mill. t: man sieht sofort, Stahlwerke können nicht so leicht von den Volkskommunen gebaut werden, das setzt schon mehr voraus. 2 Mill. t, das ist immerhin mehr als ein Drittel der Gesamtproduktion Chinas im Jahre 1957 und zur Hälfte aus Kleinbetrieben in den Volkskommunen.

Was die Qualität der statistischen Angaben, die in China amtlich publiziert werden, angeht, so habe ich im allgemeinen keine Veran-

lassung gefunden, grundsätzlich an der Richtigkeit der Daten zu zweifeln. Sie publizieren vieles nicht; aber das, was sie publizieren, dürfte nicht anders sein als das, was die Regierung selbst ermittelt hat. Zu den eben genannten Zahlen ist freilich zu bemerken, daß selbstverständlich ein eingespielter statistischer Apparat zur Erhebung dessen, was die 500 000 kleinen und kleinsten Gruben und Schmelzen, die in den zwei Monaten gebaut worden sind, produzieren, nicht vorhanden ist. Wenn nun diese kleinen Betriebe angehalten werden, um der Propagandawirkung willen tägliche Erfolgsmeldung abzugeben, dann ist es klar, daß jede Produktion von anderthalb Tonnen jedenfalls auf 2 t aufgerundet wird. Streichen wir also aufgrund dieser Ungenauigkeiten, die in der Sache begründet liegen, ruhig 33% ab (jedenfalls bei Kohle und Eisen, kaum beim Stahl), dann ist das, was übrig bleibt, immer noch so unheimlich und beinahe unvorstellbar, daß man sich für die Zukunft noch auf vieles gefaßt machen muß. Es wird auch ausdrücklich schon erklärt, die Zeit der reinen Schockarbeit, um im Guerillastil die Dinge voranzutreiben, sei schon vorbei, und jetzt müsse daran gedacht werden, die Qualität zu steigern. Es wird auch schon berichtet, daß in Bezirken mit reichlich Erz und Kohle, wo in der Nähe von Verkehrswegen schon Hunderte von solchen kleinen Anlagen stehen, die Zusammenfassung von Gruppen der kleinen Eisenschmelzen organisiert wird. Sie bekommen aus den großen Hüttenwerken Direktoren, die nun die technische Verbesserung des Betriebes und den Bau von Stahllöfen als nächste Stufe betreiben sollen.

Mobilisierung brachliegender Arbeitskraft

Welche Lehren sind nun aus diesen revolutionierenden Vorgängen in China für die übrige Welt zu ziehen, insbesondere für die anderen Entwicklungsländer und für diejenigen, die den nichtkommunistischen Entwicklungsländern helfen wollen und sollen? Ohne Zweifel ist in China etwas ganz Neues erreicht worden, das bisher noch keines der anderen Entwicklungsländer überhaupt richtig ins Auge gefaßt oder gar verwirklicht hätte, nämlich die Mobilisierung der brachliegenden Arbeitskraft. Wenn man das, was die lokale Selbsthilfe in China im Laufe des Jahres 1958 zunächst an landwirtschaftlichen Meliorationen und dann an kleinindustrieller Entwicklung geschafft hat, verglichen mit dem Umfang der Auslandshilfe, die China aus dem Ostblock empfängt, so kann man fast sagen, der ökonomische Aufschwung Chinas wird durch die Selbsthilfe nahezu ohne Fremdhilfe ermöglicht. Die Auslandshilfe bekommt dabei den Rang, den sie eigentlich haben sollte, nämlich als eine Hilfe für spezielle Dinge, die von den hochentwickelten Ländern geliefert oder durch Beratung geschaffen werden können. In der Breite aber wird die Entwicklungsarbeit allein durch die Nutzbarmachung brachliegender Arbeitskraft geschafft. Das ist ohne Zweifel ein Vorgang, der für die ganze übrige Welt im höchsten Grade zu beherzigen ist. Und ich glaube, gerade durch den Radikalismus der chinesischen Reform des Jahres 1958 auf dem sozialen Gebiet, die geradezu zu einer Auflösung des Familienzusammenhangs zu führen scheint, dürfte die Gefahr eines pauschalen Kopierens dessen, was man in China tut, durch andere Länder geringer geworden sein. Denn diese Auflösung des Familienverbandes ist eine Sache, die man in Indien und wohl auch in den übrigen asiatischen Ländern ganz bestimmt nicht will. Ich halte es für sehr wahrscheinlich, daß man in diesen Ländern jetzt viel eher bereit ist, genauer zu denken und an ein Herauslösen dessen heran-

zugehen, was übertragbar ist und von allgemeinem Nutzen sein könnte. Natürlich ist vieles nicht übertragbar. Der Konformismus der Chinesen, der es ihnen leicht macht, auf unendlich vieles zu verzichten, gilt nicht in gleichem Maße für die meisten anderen Entwicklungsländer. Die technische Begabung, möchte ich glauben, ist in China auch größer als in den meisten anderen asiatischen Ländern. Und aus klimatischen und gesundheitlichen Gründen ist auch eine solche Kraftanstrengung, wie sie die chinesischen Massen augenblicklich leisten, in den meisten anderen Entwicklungsländern vielleicht überhaupt nicht möglich. Im übrigen fragt man sich, ob dieser extreme Radikalismus der chinesischen Reform in der Volkskommune mit der Auflösung der Familie, um die Arbeitskraft der Frauen mobil machen zu können, auch in China auf die Dauer vorhält. Der Chinese ist zwar ein Konformist reinsten Wassers, der bereit ist, unendlich viel mitzumachen, wenn es die ändern tun. Aber zu hundert Prozent ist er doch nicht Konformist, sondern immer noch Mensch wie die ändern auch. So ist es wohl nicht unwahrscheinlich, daß zu einem Zeitpunkt, da die Not als überwunden zu betrachten ist und die Erinnerung an die immer wiederkehrenden Katastrophen allmählich in den Hintergrund tritt, auch bei dem Chinesen der Wunsch wieder hervortreten wird, nun doch eine kleine Sphäre des Eigenen zu haben, ich meine gar nicht einmal des Eigentums, sondern nur des Familienlebens, — so wie es in der Sowjetunion ja heute bereits der Fall ist.

Anmerkung:

Dr. Max Biehl, geb. 1. 1. 02 in Hamburg, von 1927 bis 1940 an der Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“ tätig. Seit 1950 am Institut für Weltwirtschaft, Universität Kiel (zuerst für die USA, dann für Süd- und Ostasien). Fünfmonatige Reise im Auftrag des Instituts für Weltwirtschaft nach Indien, Japan und China Februar — Juni 1958. In China nach eigenem Programm an „langer Leine“ durch neun Provinzen gereist.

* * *

Chinas ‚Sprung nach vorn‘

Gegenseitige Abhängigkeit Peking — Moskau

Die große Krise, die nach den Ereignissen in Polen und Ungarn alle Länder des Ostblocks mehr oder weniger erschütterte, ist überwunden. Wer aber meint, daß mit der Überwindung dieser Krise der frühere alleinige und unumschränkte Führungsanspruch Moskaus wiederhergestellt ist, der irrt. Auch im östlichen Machtbereich kann man das Rad der Geschichte nicht restlos zurückdrehen und solche bedeutsamen Ereignisse, wie die des Jahres 1956, mußten zu Veränderungen führen. Die in allen Ostblockstaaten geführte Propaganda über die „führende Rolle der Sowjetunion“ kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß Moskau nach den Prüfungen des Jahres 1956 nicht mehr imstande war, seine alte Position im Ostblock wiederzugewinnen. Der polnische Oktober und die Revolution in Ungarn führten zwar nicht zum Siege des Nationalkommunismus. Auch Tito kam nicht zum Zuge. Aber dennoch brachte die Entwicklung nach dem XX. Moskauer Parteitag Veränderungen im Kräfteverhältnis im Moskauer Machtbereich, die von entscheidender Bedeutung für die Beurteilung der Ostblockpolitik sind.

Diese Veränderungen werden in jüngster Zeit durch den politischen Wind, der in Peking gemacht wird, deutlich demonstriert. Wenn auch die Pekinger Führer Großbritannien nur *ökonomisch* in 10 bis 15 Jahren einholen wollen, so erklären sie doch, daß die *„Verwirklichung des Kommunismus in China keine Frage der fernen Zukunft mehr sei“* — sie also im Begriffe seien, die Sowjetunion *politisch* einzuholen. Allein diese Fragestellung zeigt, daß sich die Chinesen in einer stärkeren Position fühlen. Tatsächlich führte die Schwächung Moskaus durch den XX. Moskauer Parteitag und den ihm folgenden Ereignissen zu einer bedeutenden Stärkung der Stellung Chinas im östlichen Machtbereich. Die Rotchinesen gingen als Gewinner aus der Ostblockkrise hervor. Und das Sprungbrett für Mao's „großen Sprung vorwärts“, den er heute verkündet, wurde eben durch die Vorgänge des Jahres 1956 gelegt.

Erinnern wir uns:

Mao Tse-tung war im Jahre 1935 ohne Zutun Stalins, im Gegensatz zu der Moskauer Praxis, die Führer aller kommunistischen Parteien selbst zu ernennen, an die Spitze der chinesischen KP gelangt. Der Sieg Mao's im Jahre 1949 war nicht ein Verdienst der Politik Stalins. Stalin riet noch im Jahre 1946 von der Politik der chinesischen Kommunisten, vom Kampf um die Macht in China, ab. Noch zur Zeit der Diktatur Stalins konnten die Rotchinesen sich eine Sonderstellung im Ostblock sichern, waren sie nicht den europäischen Satelliten gleichzusetzen, sondern bezogen die Stellung eines Juniorpartners der KPdSU.

Nach dem XX. Moskauer Parteitag fühlten sich die chinesischen Kommunisten von der Entstalinisierung kaum betroffen. Die KP Chinas war ohne Stalinkomplexe. Ja, die Abwertung Stalins führte zur Aufwertung Mao Tse-tungs. Stalin war im kommunistischen Lehrgebäude, Schüler Lenins, Theoretiker, Ideologe, Interpret der Doktrin und Praktiker in einer Person. Davon blieben nach seinem Tode und nach seiner

Abwertung nur die Praktiker im Kreml übrig. Mao Tse-tung aber nimmt heute noch als einziger lebender KP-Führer ähnliche Eigenschaften wie Stalin in Anspruch. Auf der 6. Plenarsitzung der Kommunistischen Partei Chinas vom 28. November bis 10. Dezember 1958 in Wuchung wurde der Beschluß gefaßt, Mao Tse-tung, den *„aufrichtig geliebten und langerprobten Führer der Völker der verschiedenen Nationalitäten des ganzen Landes“* — wie es in dem Beschluß wörtlich heißt — *„von seinen Pflichten als Vorsitzenden des Staates zu befreien“*. Mao Tse-tung, wird gesagt, soll in der Zukunft *„noch besser in der Lage sein, seine Kräfte auf Fragen der Richtung der Politik und der Linie von Partei und Staat zu konzentrieren“*. Vor allem aber betont das ZK der KP Chinas, daß Mao Tse-tung *„mehr Zeit für die theoretische Arbeit auf dem Gebiet des Marxismus-Leninismus erübrigen“* soll. Auf Grund dieser Aufgabenstellung erinnern wir uns, daß Gomulka schon nach der Rückkehr von seiner ersten Reise aus Moskau nach dem „polnischen Oktober“ im vertrauten Warschauer Kreise äußerte, daß nach dem Tode Stalins die Stelle des Theoretikers im kommunistischen Machtbereich vakant sei. Es ist offensichtlich, daß die Chinesen allein schon durch eine solche Aufgabenerteilung für Mao das theoretische Vakuum im Ostblock ausfüllen werden.

In der Zeit der ersten großen Krise des Ostblocks blieb die KP Chinas zunächst der einzige ruhende Pol im kommunistischen Machtbereich. Die Ereignisse in Polen und Ungarn fanden in China erst mehr als ein Jahr später ein Echo. In der Zeit der Ostblockkrise wuchs China politisch über seine Rolle als Juniorpartner hinaus. Die zahlreichen Erklärungen der Rotchinesen über die führende Rolle der KPdSU können nicht die Tatsache verdunkeln, daß Moskau seit dieser Zeit bei allen Ereignissen und Auseinandersetzungen im Ostblock auf die Unterstützung Peking's angewiesen ist. Das ist durch alle jüngsten Ereignisse von der Machtübernahme Gomulkas bis zum letzten Konflikt mit Tito erwiesen. Erst diese neue Stellung im Ostblock ermöglichte es Peking, nun auch offen in Theorie und Praxis mit eigenen, von Moskau abweichenden Ansichten und Maßnahmen, stärker hervorzutreten.

Mao's 100-blühende-Blumenkampagne — ob sie gelungen ist oder nicht, ist für die Beurteilung der Stellung Chinas zunächst nicht das Entscheidende — war eine Häresie, eine Abweichung vom offiziellen Moskauer Dogma, die Moskau dulden mußte.

Mao's verbissene Attacke gegen Tito galt zwar innenpolitisch den sogenannten „Rechtsabweichlern“, den verspäteten Auswirkungen der ungarischen Ereignisse in China — sollte aber außenpolitisch im gesamten Ostblock demonstrieren, daß die Zeiten, in denen Moskau den Ton allein angab, vorbei sind. Außerdem kämpfen die Rotchinesen aus ureigendstem Interesse gegen Tito. Titos Programm und politische Position stellten nicht nur die „führende Rolle der KPdSU“ in Frage, sondern auch die erworbene Sonderstellung Chinas im Ostblock. Tito strebte nach Gleichberechtigung aller Partner des Ostblocks, China

wünscht nur die Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit für sich neben Moskau und die Unterordnung der anderen. China ist heute der einzige Ostblockstaat, der eine solche weitgehende Gleichberechtigung neben Moskau erreicht hat. Diese Gleichberechtigung will Mao nicht mit den europäischen Satelliten teilen, denn auch er kämpft um die Anerkennung seiner führenden Rolle im Ostblock.

Die Tatsache, daß nicht nur China auf die Sowjetunion, sondern auch die UdSSR auf China angewiesen ist, wurde wohl am deutlichsten im Sommer des vergangenen Jahres anlässlich der Nahost-Krise sichtbar. Chruschtschow schien zunächst bereit zu sein, auch an einer Gipfelkonferenz im Rahmen des Sicherheitsrates der UNO, dem auch Nationalchina angehört, teilzunehmen — bis ihm Mao das Konzept verdarb. China erhob Einspruch: es wollte nicht übergangen sein. Und über Nacht mußte Chruschtschow nach Peking und die chinesischen Wünsche respektieren. Mit dem Geschützfeuer auf Formosa haben dann die Chinesen den Weg für solche Verhandlungen verrammelt.

Wenn es richtig ist — wie allgemein betont wurde — daß die Rotchinesen ihre Formosa-Aktion begonnen haben, um ihre internationale Anerkennung zu erzwingen und damit auch ihre Position im Ostblock zu heben, so ist nicht von der Hand zu weisen, daß Chruschtschow mit seiner jetzigen Kampagne um die „Freie Stadt West-Berlin“, auch den Chinesen den internationalen Wind aus den Segeln genommen hat.

Wir sind weit davon entfernt, uns den verbreiteten Spekulationen über den Gegensatz Moskau — Peking anzuschließen. Solche Spekulationen sind auf Grund vieler Widersprüche im sowjetisch-chinesischen Verhältnis verständlich. Sie eilen aber den Ereignissen voraus, zumal beide Partner bemüht sind, jede Auseinandersetzung zu vermeiden. Die verbreitete These und „Hoffnung“ auf den „unvermeidlichen Gegensatz, der durch den kolossalen chinesischen Bevölkerungsdruck auf Sibirien“ entstehen sollte, ist inzwischen zunichte gemacht. Mao Tse-tung hat diesen Bevölkerungsdruck über die Volkskommunen in der Richtung der Steigerung der wirtschaftlichen Macht abgeleitet.

Wir sprechen hier nur von Veränderungen im Kräfteverhältnis des Ostblocks, davon, daß China seine Stellung als Juniorpartner der UdSSR politisch überwindet und heute China nicht nur auf die Sowjetunion, sondern auch die Sowjetunion auf China angewiesen ist. Die Sowjet-

union ist auf einen Partner im Ostblock angewiesen — das ist das wirklich Gravierende!

Das neue Kräfteverhältnis und die politische Stellung Chinas im Ostblock wird am besten durch folgende Betrachtung erhellt: Moskau kann Tito bekämpfen, die sowjetische Presse kann die polnische Presse unter Feuer nehmen. Abweichungen jeglicher Art im Ostblock werden von Moskau angeprangert. Nur in China existieren für die Sowjets keinerlei Abweichungen, kein Wort der Kritik an China darf die sowjetische Presse äußern. Was würde geschehen, wenn Moskau das Pekinger Lehramt und die chinesische Praxis angriffe und kritisierte? Eine neue Krise im Ostblock wäre da, Lehramt würde gegen Lehramt stehen. Deshalb gibt es für Moskau im Verhältnis zu China heute nur einen Weg: Alle chinesischen Abweichungen in der Art der Volkskommunen werden als chinesische Besonderheit, die nur in China anwendbar ist, „theoretisch begründet“.

Kritiker könnten uns die Frage stellen: Wie ist es möglich, daß China weitgehendste Gleichberechtigung neben Moskau genießt und wie ist es möglich, daß China über seine Rolle als Juniorpartner politisch hinausgewachsen ist, wenn es doch weder technisch noch wirtschaftlich mit der Sowjetunion konkurrieren kann?

Darauf können wir antworten:

1. Wie in Indien und Ägypten und überhaupt in allen Ländern Asiens und Afrikas, die ihre nationale Selbständigkeit erlangt haben, eilt auch die politische Entwicklung der wirtschaftlichen in China voraus.
2. Die Ostblockkrise des Jahres 1956 hat auch die sowjetische Wirtschaftshilfe für China so stark erschüttert, daß die Chinesen zu der Erkenntnis gelangen mußten, daß man sich nicht ewig auf die Sowjethilfe verlassen kann. Auch das war ein Grund der eigenen Kraftanstrengung zur Steigerung der Grundstoffproduktion.

Schließlich ist China auch bestrebt, gerade durch den „Sprung nach vorn“ wirtschaftlich zu untermauern, was es politisch im Ostblock erreicht hat.

Der Pekinger Ostwind, der — wie es in der bildhaften chinesischen Propaganda heißt — den Westwind besiegen soll, bläst auch über Warschau, Prag, Ost-Berlin und auch Moskau.

Rückgang der sowjetischen Wirtschaftshilfe für China

Am 28. Oktober 1958 teilte das Zentralorgan der SED, „Neues Deutschland“, mit, daß nunmehr die „DDR“ im Außenhandel mit der UdSSR an erster Stelle stehe. Diese Meldung erschien zunächst unglaubwürdig. Bisher war bekannt, daß sowohl im sowjetischen Außenhandel, wie in der Finanzhilfe der Sowjets und auch in der Sowjethilfe beim Aufbau von Industriewerken China seit dem Jahre 1950 immer den ersten Platz einnahm. Aber obige Meldung wurde inzwischen durch die offiziellen Mitteilungen des Ministeriums für Außenhandel der UdSSR bestätigt. Nach dem Bericht dieses Ministeriums, „Der Außenhandel der UdSSR im Jahre 1957“ betitelt, ist im Außenhandelsumsatz der Sowjetunion mit China im Jahre 1957 im Vergleich zum Jahre 1956 ein Rückgang um rund 15 % zu verzeichnen. Erreichte der chinesisch-sowjetische Gesamthandelsumsatz im Jahre 1956 die beachtliche Summe von 5 989,0 Millionen Rubel, so sank er im Jahre 1957 auf 5 128,9 Millionen Rubel ab; das ist ein Rückgang um 860,1 Millionen Rubel in diesem Jahr. Im Jahre 1956 betrug der Anteil Chinas am Handelsumsatz der UdSSR mit den Ländern des Ostblocks 27 %, im Jahre 1957 sank er auf 20,9 %. Aber diese Daten geben noch kein vollständiges Bild vom Rückgang der Sowjethilfe für China. In den Angaben über den chinesisch-sowjetischen Handelsumsatz sind die chinesischen Lieferungen an die UdSSR enthalten, die im Jahre 1957 um 776,1 Millionen Rubel höher liegen als die sowjetischen Lieferungen an China. Erhöhte chinesische Lieferungen an die UdSSR bringen aber den Chinesen heute keinen besonderen Nutzen. Sie bringen noch nicht einmal Devisen, denn

diese erhöhten chinesischen Lieferungen erfolgen zur Abdeckung früherer Schulden.

Die Sowjetlieferungen an China aber, die ein Gradmesser für eine Hilfe wären, weisen im Jahre 1957 einen Rückgang um 25,8 % gegenüber dem Sowjetexport nach China im Jahre 1956 auf. Im Jahre 1956 lieferte die UdSSR nach China Waren im Gesamtwert von 2 932,1 Millionen Rubel, im Jahre 1957 waren es nur für 2 176,4 Millionen Rubel.

Im Jahre 1957 lieferte also die UdSSR für 755,7 Millionen Rubel weniger Waren nach China als im Jahre 1956. Das ist ein größerer Rückgang in den Lieferungen der UdSSR nach China als der Warenexport der „DDR“ und der Tschechoslowakei zusammen in jedem einzelnen Jahr von 1953—1957 nach China. Im Jahre 1957 lieferte die „DDR“ für 423 Millionen Rubel Waren nach China und die Tschechoslowakei für 320 Millionen Rubel — zusammen 743 Millionen Rubel.

Auch die Annahme, daß die geringere Warenausfuhr der Sowjets nach China durch erhöhte Ausfuhren der Blockstaaten in dieses Land ausgeglichen worden sei, erweist sich als unrichtig. Die Angaben über den Handel Chinas mit den Ländern des Ostblocks liegen nunmehr vor. Sie zeigen, daß nur die „DDR“ und die Tschechoslowakei im Jahre 1957 um ein geringes mehr Waren nach China lieferten als im Jahre 1956. Der „DDR“-Export nach China ist im Jahre 1957 um 44 Millionen Rubel höher als 1956. Bei der Tschechoslowakei beträgt die Steigerung 62 Millionen Rubel. Nicht nur die Lieferungen Polens und Ungarns an

China sind im Jahre 1957 geringer als 1956, sondern auch der Gesamt-handelsumsatz Chinas mit diesen beiden Ländern ist rückläufig.

Als Mao Tse-tung im Jahre 1957 zum „großen Sprung nach vorn“ ansetzte, mußte er auch registrieren: China erhielt im Jahre 1957 weniger Waren von den Sowjets als im Jahre 1952, dem letzten Jahr vor Beginn des ersten chinesischen Fünfjahresplanes zur Industrialisierung Chinas. Im Jahre 1957 lieferten die Sowjets den Chinesen — wie wir sahen — Waren im Werte von 2 176,4 Millionen Rubel, im Jahre 1952 machte der Sowjetexport nach China 2 216,9 Millionen Rubel aus.

In der Zeit, in der das Ansehen und Gewicht Chinas im Ostblock politisch entscheidend gewachsen ist, sank die Versorgung der Chinesen mit Waren durch die Sowjets auf das Niveau des Jahres 1952. Auch diese Tatsache macht den Pekinger Wind verständlich.

Aber nicht nur die Warenlieferungen der Sowjets nach China zeigen den Rückgang der Sowjethilfe an. Dieser zeigt sich auch in der Finanzhilfe. Die Sowjetunion ist — wie die Chinesen mitteilen — das einzige Land, von welchem China Kredite erhält. Nach chinesischen Quellen bekam China im Jahre 1955 von den Sowjets eine Kreditsumme von 1 657 Millionen Rubel, 1956 waren es 117 Millionen und im Jahre 1957 nur noch 23 Millionen Rubel. Der Bericht der UNO-Kommission für Asien und den Fernen Osten, Bangkok 1958, verzeichnet dieselben Summen.

Wie Chruschtschow auf dem XX. Moskauer Parteitag mitteilte, haben die Sowjets in der Zeit seit Kriegsende bis zum Jahre 1956 dem gesamten Ostblock Kredite in Höhe von insgesamt 21 Milliarden Rubel gewährt. Chinas Anteil an dieser gewährten Kredithilfe betrug damals etwa 25 Prozent.

In der Zeit bis zum Juli 1957 erhöhte sich aber die Summe der gesamten sowjetischen Kredithilfe für den Ostblock auf 28 Milliarden Rubel. Eine Steigerung um 7 Milliarden in etwas mehr als einem Jahr.

Welchen Anteil hat nun China, das wenigstens bis zum Jahre 1956 in der Sowjethilfe immer an erster Stelle stand, an dieser Erhöhung der Sowjetkredite für den gesamten Ostblock um 7 Milliarden Rubel?

Im Zeichen der Krise im Ostblock in den Jahren 1956/1957 und zu ihrer Behebung mußten diese 7 Milliarden Rubel Sowjetkredite im wesentlichen Polen, Ungarn, Rumänien, der „DDR“ und anderen europäischen Ostblockstaaten gewährt werden.

Hier einen kurzen unvollständigen Überblick über die Unkosten, die die Ostblockkrise den Sowjets verursachte:

P o l e n erreichte Ende 1956 die Annullierung einer Schuld von 2,1 Milliarden Rubel beim Gläubiger UdSSR. Außerdem mußten ihm die Sowjets einen Kredit in Höhe von 1,2 Milliarden Rubel bewilligen.

Der „D D R“ mußten die Besatzungskosten, die bereits im Jahre 1956 um 1,44 Milliarden Rubel reduziert wurden, gestrichen werden. Drei neue Sowjetkredite in einer Gesamthöhe von 1 040 Millionen Rubel, darunter Kredite in frei konvertierbarer Valuta, benötigte die Sowjetzone.

U n g a r n wurde eine Schuld in Höhe von über 1 Milliarde Forint (341 Millionen Rubel) gelöscht und bekam von den 7 Milliarden eine Milliarde Rubel als neuen Kredit zugeleitet.

Auch in den übrigen Ostblockstaaten entstanden der UdSSR auf Grund der Ostblockereignisse des Jahres 1956 Unkosten.

Über **A l b a n i e n** wird in dem neuerschienenen Buch, „Das sozialistische Weltwirtschaftssystem“ betitelt (Moskau 1958, S. 111), berichtet: Die Sowjetregierung beschloß, „alle a conto sowjetischer Kredite erbauten Werke dem albanischen Volk als Geschenk des Sowjetvolkes zu übergeben. In Verbindung damit wurde Albanien von der Schuldzahlung für Kredite in Höhe von 348 Millionen Rubel, einer Summe, die dem Wert der von der UdSSR erbauten Werke entspricht, befreit.“ Außerdem berichtet dieselbe Quelle, daß Albanien von der Tilgung einer weiteren Schuldsomme in Höhe von 74 Millionen Rubel, die am 1. Januar 1957 fällig war, entbunden werden mußte.

B u l g a r i e n erhielt 1956 einen Kredit in Höhe von 370 Millionen Rubel und 1957 von 200 Millionen Rubel.

R u m ä n i e n erreichte eine Streichung der Restschulden für die zurückgegebenen Sowjet-Aktiengesellschaften und eine Stundung fälliger Kreditrückzahlungen.

Von den 7 Milliarden Rubel, die die Sowjets als Kredite im Jahre 1956/57 gewährten, blieb also für den chinesischen Partner nichts übrig!

Betrachten wir noch kurz die Sowjethilfe beim Aufbau neuer Industrierwerke in China. Nach den verschiedenen Abkommen, die zwischen der Volksrepublik China und der UdSSR in den Jahren von 1950 bis 1956 abgeschlossen wurden, verpflichtete sich die Sowjetunion beim Aufbau von 211 Industrierwerken Hilfe zu leisten. Bei der Verkündung des ersten chinesischen Fünfjahresplanes im Juli 1955 teilte der chinesische Planungschef Li Fu-chun mit, daß die UdSSR bis zum Ende des ersten Fünfjahresplanes (Dezember 1957) den Aufbau von 145 Industrierwerken in Angriff nehmen werde.

Der erste Fünfjahresplan ist mit dem Dezember 1957 abgelaufen und die Berichte über die Tätigkeit der Sowjets beim Aufbau neuer Werke in China liegen vor. Hier sind die Ergebnisse:

Bis zum Abschluß des ersten chinesischen Fünfjahresplanes haben die Sowjets in China 57 neue Werke errichtet. 10 weitere Werke wurden als teilweise bis Ende 1957 fertiggestellt gemeldet. Von 60 Werken wird berichtet, daß sie sich im Bau befinden und mit ihrer Fertigstellung im Laufe des zweiten Fünfjahresplanes (1958—1962) zu rechnen ist. 84 Werke befinden sich noch auf dem Papier. Anstelle der 145 Werke, von denen Li Fu-chun sagte, daß sie im ersten Fünfjahresplan von den Sowjets in Angriff genommen werden, hat also die UdSSR tatsächlich nur bei 127 Werken mit dem Bau begonnen, von denen bis Ende 1957 insgesamt 57 Werke errichtet waren.

Die übergroße Mehrheit der von den Sowjets in China geplanten Industrievorhaben sind also noch nicht fertiggestellt. Mit der Erfüllung der Versprechen der Sowjets, 211 Industrierwerke in China zu erbauen, ist erst in 5—8 Jahren zu rechnen. Und doch sollten diese 211 Werke die Schlüsselprojekte darstellen und den Kern der chinesischen Industrie bilden.

Mao Tse-tung kann aber und will nicht auf die Erfüllung der Sowjetversprechen warten, deshalb seine eigene Kraftanstrengung und sein „Sprung nach vorn“ durch Einsatz von Chinas größtem Reichtum, seinen gewaltigen Menschenreserven über die Volkskommunen zur Steigerung der Stahl- und Rohstoffproduktion.

Der Pekinger Ostwind weht über dem Ostblock

Aus der sowjetischen Propaganda ist uns seit langem bekannt, daß das industrielle Wachstumstempo in der UdSSR das Höchste in der Welt sein soll. Kein einziges Land des Ostblocks hat bisher nur in Erwägung gezogen, die Sowjetunion im industriellen Wachstumstempo einzuholen, oder sogar zu überholen. Nur die Korrektoren des Windes in Peking waren so vermessen.

In dem soeben erschienenen Sammelband, „Probleme der Entwicklung der Wirtschaft der Chinesischen Volksrepublik“ (Moskau 1958), das vor Mao's großem Sprung verfaßt wurde, wird folgendes ausgeführt:

„Das Tempo des Wachstums unserer Industrie übersteigt bedeutend das Wachstumstempo der Industrie anderer Länder, was man aus folgender Tabelle ansehen kann:

	1955 in 0/0 zu 1949	1955 in 0/0 zu 1952
China	391,4	159,9
Sowjetunion	226,5	142,0
Alle kapitalistischen Länder	148,5	117,7
Darunter:		
USA	142,7	111,5
England	125,7	118,3
Frankreich	135,9	115,8
Japan	236,6	138,1

Die in der Tabelle angeführten Daten zeigen, daß sowohl im Vergleich zu 1949 wie auch zum Jahre 1952 das Tempo des Wachstums unserer Industrie höher ist, als in vielen anderen Ländern und besonders in den kapitalistischen Staaten“ (S. 153/154).

Diese Tabelle, deren Daten wir nicht nachprüfen wollen, ist immerhin interessant. Sie gibt die chinesische Windrichtung an. Vor England steht in der Tabelle immerhin die Sowjetunion. Bevor der Pekinger Ostwind den Westwind besiegt, um England in zehn bis fünfzehn Jahren in der Grundstoffproduktion zu überholen, bläst er über den Ostblock.

Die Chinesen treiben den Produktionsindex zu neuen Rekordhöhen. Produktionsziffern werden von Monat zu Monat nach oben korrigiert. Selbst auf die Gefahr hin, daß einige Daten inzwischen „überholt und veraltet“ sind, wollen wir die chinesischen Ziele für 1958 kurz skizzieren.

Die industrielle und landwirtschaftliche Produktion Chinas sollte im Jahre 1958 durch den „Sprung nach vorn“ bedeutend gesteigert werden. „Man schätzt — heißt es in dem bereits erwähnten Beschluß des chinesischen Partei-ZK — daß der Gesamtwert der Produktion in der Industrie und Landwirtschaft im Jahre 1958 gegenüber 1957 um etwa 70 Prozent steigen wird, während er sich 1957 im Vergleich zu 1952 nur um 68 Prozent erhöhte“ („Prawda“ vom 18. Dezember 1958). Für die Produktion des Maschinenbaues war 1958 eine Erhöhung um das vierfache vorgesehen. Die Chinesen berichten, daß der Ausstoß von Hüttenausrüstung 1958 um das 40fache gewachsen sein soll, der Bergbau-förderungs-ausrüstung 6,5fach, der Erdölgewinnungs-ausrüstung 15fach und der Ausrüstung für Wärmekraftwerke 4fach.

China will im Jahre 1958 erstmalig 80 000 Werkzeugmaschinen selbst erzeugt haben. In der Kraftstromerzeugung war eine Steigerung von 19,03 Mrd. kWh im Jahre 1957 auf 27,5 Mrd. kWh im Jahre 1958 vorgesehen.

Die chinesische Kohlenförderung soll nach Pekinger Angaben im Jahre 1957 130 Millionen Tonnen betragen haben. Für das Jahr 1958 war eine Kohlenförderung von 210 Millionen Tonnen als Sprungziel vorgesehen. Ende Oktober 1958 berichtete aber die Zeitung „Peking Review“ bereits, daß in der Zeit vom Januar bis Ende Oktober 1958 in China 221 Millionen Tonnen Kohle gefördert wurden. Ende Dezember 1958 wurde die chinesische Kohlenförderung für das Jahr 1958 von den Chinesen auf 270 Millionen Tonnen beziffert.

10,7 Millionen Tonnen Stahl und 16,9 Millionen Tonnen Roheisen war Mao's „Sprungplan für 1958“. Eine Produktion von 11 Millionen Tonnen Stahl im Jahre 1958 meldeten die Chinesen zum Jahresende.

In der chinesischen Parteizeitung „Jenminyihpao“ schreibt Sin Hua:

„In der Stahlproduktion ist China während der Zeit des ersten Planjahres vom 13. Platz auf den 9. Platz vorgerückt, d. h. fünf kapitalistische Staaten haben wir überflügelt. 1953 nahmen wir den 11., 1954 den 10. und 1956 den 8. Platz ein. In diesem Jahre werden wir mit größter Wahrscheinlichkeit weitere zwei kapitalistische Staaten in der Stahlerzeugung überholen. In der Roheisenproduktion hat China innerhalb des ersten Fünfjahresplanes drei kapitalistische Staaten überholt, in der Energieerzeugung acht, in der Zementerzeugung drei“ („Jenminyihpao“ vom 15. September 1958).

Sin Hua berichtet nur von kapitalistischen Staaten, die China überholt hat. Er vergißt die Ostblockländer zu erwähnen. Die Entwicklung der Grundstoffproduktion Chinas im Vergleich zu der der Ostblockstaaten wollen wir deshalb hier nachtragen:

Land	Stahl			Roheisen			Kohle			Elektro-Energie		
	(in Millionen Tonnen)						(in Mrd. kWh)					
	1955	1957	1958/60*)	1955	1957	1958/60	1955	1957	1958/60	1955	1957	1958/60
UdSSR	45	51,2	68,3	33	37	53	391	463	593	170	209,7	320
China	2,85	5,35	10,7	3,62	5,94	16,9	93,1	130	210	12,1	19,03	27,5
Polen	4,3	5,3	7,2	3,1	3,5***)	4,6	94,5	94,1	116	17,7	21,1	29,85
CSR	4,5	5,2	6,54	3,0	3,3***)	4,78	63,9	73,2	86,1	15	17,7	25,3
DDR	2,5	2,8	3,12	1,5	1,6	1,76	201,4	215,3	246,9**)	29,2	32,7	41,5

*) Chinesische Ziele für 1958, übrige Blockstaaten = für 1960 aufgestellte Planziele.
 **) DDR überwiegend Braunkohle, z. B. 1960 = 244 Millionen Tonnen Braunkohle und 2,9 Millionen Tonnen Steinkohle
 ***) 1965.

Wie aus dieser Tabelle ersichtlich ist, rangierte China im Jahre 1955 in der Grundstoffproduktion des Ostblocks noch hinter der UdSSR, Polen, der CSR und der „DDR“ an fünfter Stelle. Im Jahre 1955 erzeugte China noch weniger Kraftstrom, Stahl und Kohle als Polen. Bereits im Jahre 1957 aber produzierte es mehr Stahl und Roheisen als

jeder der drei Ostblockstaaten Polen, die „DDR“ und die CSR, und mehr Kohle als die CSR und als Polen.

Die Stahlproduktion Chinas im Jahre 1958 ist aber mit 11 Millionen Tonnen höher als die Stahlproduktion der CSR und der „DDR“ nach dem ursprünglichen Plan zusammen im Jahre 1960 betragen

sollte. China hat in dem Jahr des „großen Sprunges“, 1958, mehr Roheisen produziert als Polen, die „DDR“ und die CSR z u s a m m e n im Jahre 1960 erzeugen wollen. Auch in der Kohlenförderung hat China im Jahre 1958 Polen und die CSR z u s a m m e n g e n o m m e n überflügelt.

China ist also dabei, sich im Ostblock den Platz den es politisch schon innehat, auch in der Grundstoffproduktion zu erobern: die Stelle neben der UdSSR. Nach einem Bericht der „Prawda“ vom 19. 9. 1958 beträgt das durchschnittliche Wachstum der Industrieproduktion in der UdSSR jährlich 10,1 Prozent. Wenn man nur die Friedensjahre berücksichtigt, ergibt sich in der UdSSR ein durchschnittliches Wachstum der jährlichen Industrieproduktion von 16,2 Prozent.

„In den 11 Vorkriegsjahren (1930 bis 1940) und den 11 Nachkriegsjahren (1947 bis 1957)“ — schreibt die „Prawda“ — „betrug das durchschnittliche Wachstumstempo der Industrieproduktion in der UdSSR 16,2 Prozent“ („Prawda“ vom 10. 9. 1958).

Und hier die Chinesen:

„19,2 Prozent, das ist das durchschnittliche jährliche Wachstum unserer Industrieproduktion in den fünf Jahren des ersten Fünfjahresplanes“ („Jenminyihpao“ vom 15. September 1958).

Also schon vor dem Jahr des „großen Sprunges“, 1958, geben die Chinesen ein höheres industrielles Produktions-Wachstum als die Sowjets an.

Die chinesischen Daten aber über das industrielle Wachstum Chinas im Jahre 1958 stellen alle analogen Angaben sämtlicher Ostblockstaaten in den Schatten.

„In den ersten acht Monaten dieses Jahres“ (1958, d. V.) — schreibt die obenerwähnte Zeitung — „hat sich die gesamte chinesische Industrieproduktion um 47 Prozent im Vergleich zu den ersten acht Monaten des Vorjahres erhöht...“

Wenn man die gesamte Industrieproduktion Chinas in den gleichen Monaten des Jahres 1957 als Vergleich heranzieht und gleich hundert setzt, dann beträgt sie in diesem Jahre von Januar bis August 114, 118, 129, 142, 146, 155, 174, 201“. (Jenminyihpao vom 15. September 1958).

Noch einige Vergleiche auf Grund offizieller sowjetischer und chinesischer Angaben seien hier angeführt: Bei Eisenerz beträgt der durchschnittliche absolute Zuwachs in der UdSSR jährlich nach Angaben der „Prawda“ 6,1 Millionen Tonnen. China aber will die Eisenerzförderung von 19,37 Millionen Tonnen im Jahre 1957 auf 50 Millionen Tonnen im Jahre 1958 steigern.

In der Stahlerzeugung nennen die Sowjets einen jährlichen durchschnittlichen Zuwachs von 3,26 Millionen Tonnen. China produzierte im Jahre 1957 5,35 Millionen Tonnen Stahl und will die Produktion 1958 auf 10,7 Millionen Tonnen steigern.

Bei Roheisen beträgt die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate in der UdSSR 2,4 Millionen Tonnen. China erhöht die Roheisenproduktion von 5,94 Millionen Tonnen im Jahre 1957 auf 16,9 Millionen Tonnen im Jahre 1958.

Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate in der Kohlenförderung in der UdSSR beträgt 30,6 Millionen Tonnen. China förderte im Jahre 1957 130 Millionen Tonnen Kohle und hat die Kohlenförderung im Jahre 1958 auf über 270 Millionen Tonnen gesteigert.

Dieses chinesische Wachstum, die Steigerung der Stahl- und Rohstoffproduktion in China, erfolgt ohne Rücksicht auf Kosten und Rentabilität. Die entscheidende Produktivkraft ist dabei die menschliche Arbeitskraft, die durch die Volkskommune für den Masseneinsatz mobilisiert wird. Ein deutlicher Ausdruck für die Anwendung primitiver Produktionsmethoden in China ist das relativ starke Zurückbleiben der Elektroenergieerzeugung im Tempo dieses genannten Produktionswachstums. Das Mißverhältnis zwischen Wachstum der Roheisen- und Stahlproduktion wie Kohleförderung einerseits und der Kraftstromer-

zeugung andererseits, zeigt am deutlichsten, wie weit China noch davon entfernt ist, ein moderner Industriestaat zu werden.

Der jährliche durchschnittliche Zuwachs der UdSSR in der Kraftstromerzeugung beträgt nach sowjetischen Angaben 17,49 Mrd. kWh. China will seine Elektroenergieerzeugung von 19,03 Mrd. kWh im Jahre 1957 auf 27,5 Mrd. kWh im Jahre 1958 steigern.

Auch die Erdölförderung ist der Produktionszweig, in welchem Mao Tse-tung der „große Sprung nach vorn“ nicht möglich ist. Die Erdölförderung der UdSSR betrug im Jahre 1957 nach Sowjetdaten 98,3 Millionen Tonnen. Das chinesische Planziel für das Jahr 1962 im ursprünglichen Entwurf zum zweiten Fünfjahresplan ist die Gewinnung von sechs Millionen Tonnen Erdöl.

Gerade der Engpaß Elektroenergieerzeugung in China weist darauf hin, daß aus unseren Darlegungen keinesfalls der Schluß gezogen werden kann, daß China mit seinem Sprung die Sowjetunion oder die europäischen Industrieländer des Ostblocks in der Technik einhole. Ebenso wäre es eine Illusion zu glauben, daß China in der Lage wäre, die Pro-Kopfproduktion dieser Länder in der Rohstoffherzeugung in absehbarer Zukunft zu erreichen.

Aber dennoch ist hier der große Sprung Chinas bedeutsam und für die Stärke seiner Position und Rolle im Ostblock entscheidend.

Eine Gegenüberstellung der chinesischen und sowjetischen Produktionsdaten vermittelt ein anschauliches Bild von der wachsenden Rolle und Chinas Gewicht im Ostblock.

In der absoluten Stahl- und Roheisenproduktion wie in der Kohleförderung erreichte China im Jahre 1957 in etwa das Sowjetniveau in diesen Produktionszweigen des Jahres 1930. Mit der Erfüllung der Soll-Ziffern für das Jahr 1958 hat es i n e i n e m J a h r e in der Elektroenergieerzeugung den Sprung auf das Sowjetniveau des Jahres 1935 und in den anderen Produktionszweigen sogar über das Sowjetniveau des Jahre 1940 gemacht.

Hier die Vergleichsdaten*):

Kohleförderung:

China 1958 = 210 Millionen Tonnen, UdSSR 1948 = 208 Millionen Tonnen; die Kohlenförderung Chinas im Jahre 1958 macht 45,4% der Kohlenförderung der UdSSR im Jahre 1957 (463 Millionen Tonnen) aus;

Roheisenproduktion:

China 1958 = 16,9 Millionen Tonnen, UdSSR 1940 = 14,9, 1949 = 16,3 und 1950 = 19,17 Millionen Tonnen; im Jahre 1958 beträgt die Roheisenproduktion Chinas 45,6 Prozent der Roheisenherzeugung der UdSSR im Jahre 1957 (37 Millionen Tonnen);

Stahlproduktion:

China 1958 = 10,7 Millionen Tonnen, UdSSR 1937 = 17,7, 1945 = 12,25 Millionen Tonnen; China hat im Jahre 1958 21 Prozent der Stahlproduktion der UdSSR im Jahre 1957 (51,2 Millionen Tonnen) erreicht;

Eisenerzförderung:

China 1958 = 50,0 Millionen Tonnen, das sind 59,4 Prozent der Sowjetförderung des Jahres 1957 (UdSSR 1957 = 84,2 Millionen Tonnen);

Elektroenergieerzeugung:

China 1958 = 27,5 Mrd. kWh, UdSSR 1935 = 26,2 1936 = 32,8 Mrd. kWh; nur 13,1 Prozent der sowjetischen Kraftstromerzeugung des Jahres 1957 (209,7 Mrd. kWh) hat China im Jahre 1958 erreicht.

Durch den „großen Sprung nach vorn“ will China nicht nur seine Stellung als Faktor im Ostblock, der in allen Fragen mitentscheidet und

*) Auf der Basis der inzwischen übertroffenen Soll-Ziffern.

nicht mehr übergangen werden kann, ausbauen, sondern auch sein Gewicht in Asien heben. Der chinesische oder der indische Weg? — das ist die Frage, die in den Ländern Asiens in dieser und jener Form diskutiert wird.

Im Jahre 1955 deuteten die Chinesen erstmalig an, daß sie Indien in der Grundstoffproduktion überflügelt hätten. Für dieses Jahr 1955 gaben sie folgende Daten bekannt:

Stahlerzeugung: China 2,8 Mill. Tonnen, Indien 1,7.

Roheisenproduktion: China 3,8 Mill. Tonnen, Indien 1,9.

Kohleförderung: China 93,6 Mill. Tonnen, Indien 39,0.

Energieerzeugung: China 12,27 Mrd. kWh, Indien 7,5.

Die Stahlerzeugung Indiens betrug im Jahre 1957 1,7 Mill. Tonnen; Kohle förderte es im selben Jahre 44,2 Mill. Tonnen.

Indien ist auch das einzige Land, mit welchem China den Wettbewerb in der Pro-Kopf-Rohstoffproduktion bisher aufnehmen konnte.

Die entsprechenden Daten nach chinesischen Quellen für das Jahr 1955 sind:

Stahlerzeugung pro Kopf der Bevölkerung: China 4,7 kg, Indien 4,6 kg.

Roheisenproduktion pro Kopf: China 6,4 kg, Indien 5,1 kg.

Kohleförderung pro Kopf: China 154 kg, Indien 103 kg.

Kraftstromerzeugung pro Kopf: China 20,8 kWh, Indien

20,0 kWh. („Probleme der Entwicklung der Wirtschaft Chinas“, Moskau 1958, S. 154/155).

Durch den „Sprung nach vorn“ sind aber diese Daten bei weitem zugunsten Chinas überholt.

Von unserem Gesichtspunkt mag man diesen Vergleich mit Indien als Beweis für die industrielle Rückständigkeit Chinas ansehen und vielleicht auch als belanglos betrachten. Für die Verhältnisse Asiens, mit asiatischen Augen betrachtet, kommt ihm aber eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu.

Sein Prestige in Asien, das sich auch auf den verschiedenen Konferenzen, wie der Bandung-Konferenz, zeigte, konnte China bisher nicht wirtschaftlich untermauern. Die Befriedigung der Wünsche der Länder Asiens nach wirtschaftlicher Hilfe mußte China bisher im wesentlichen dem großen Bruder in Moskau überlassen. Der „Sprung nach vorn“ soll aber zweifellos nicht nur als Beispiel in Asien wirken, sondern auch die ersten Voraussetzungen zur Überwindung dieser Schwäche Chinas in Asien schaffen.

Auch im Hinblick auf die afro-asiatischen Pläne der Begründung eines afro-asiatischen Wirtschaftsrates, die auf der jüngsten Konferenz der Industrie- und Handelskammern der Länder Asiens erneut zur Debatte standen, hat das Hochtreiben des chinesischen Produktionsindex eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Ob sich jedoch die Chinesen mit der Placierung der Exekutivorgane der afro-asiatischen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Kairo zufrieden geben, ist eine andere Frage.

China ist also im Begriffe, auch wirtschaftlich seine Stellung als Juniorpartner der Sowjetunion zu überwinden. Durch die Sicherung einer Sonderstellung im Wirtschaftssystem des Ostblocks hat es sich dafür schon günstige Voraussetzungen geschaffen.

China und das Wirtschaftsproblem des Ostblocks

Wenn sich auch China zum sogenannten „demokratischen Weltmarkt“, dieser von Stalin begründeten Form zur Isolierung der Ostblockstaaten vom Weltmarkt, zählt, so nimmt es doch im Ostblock-Wirtschaftssystem eine beachtenswerte Sonderstellung ein und erhielt in diesem System die gleiche Rangstellung wie die Sowjetunion zugebilligt. Innerhalb dieses „demokratischen Weltmarktes“ sind die europäischen Länder des Ostblocks im „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ *) gesondert zusammengefaßt. China gehört diesem Rat nicht an.

Seit dem XX. Moskauer Parteitag beschäftigt sich der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ mit der wirtschaftlichen Großraumplanung für seine Mitglieder. Er führte eine Arbeitsteilung zwischen den europäischen Ostblockstaaten ein, plant die Produktion für seine Mitglieder einheitlich und bestimmt was jedes Land produziert. Chruschtschow selbst gab auf dem XX. Moskauer Parteitag die Direktive für die Arbeitsteilung und die Produktionsbeschränkungen der einzelnen Länder innerhalb dieser Ostblock-Wirtschaftsunion. „Heute — sagte er — ist es nicht mehr notwendig, daß jedes sozialistische Land unbedingt alle Zweige der Schwerindustrie entwickelt. . . . Jetzt — fuhr er fort — da es einen mächtigen Freundschaftsbund der sozialistischen Länder gibt . . . kann sich jedes europäische Land der Volksdemokratie auf die Entwicklung von Industriezweigen spezialisieren, für die es die günstigsten natürlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen besitzt.“

Nach den Direktiven Chruschtschows sorgte der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ dafür, daß seine Mitgliedsstaaten, die europäischen Länder des Ostblocks, ihre Wirtschaft nicht allseitig entwickelten, sondern im Rahmen der gesamten Wirtschaftsunion sich nur auf bestimmte Produktionszweige orientierten. Nur der Sowjetunion, die an der Spitze der Ratsorganisation steht, wurde es erlaubt, ihre Volkswirtschaft nach eigenem Ermessen allseitig zu entfalten. Das Ganze nannte man dann sozialistische Arbeitsteilung.

Die Chinesen aber willigten in eine solche Arbeitsteilung, die Produktionsbeschränkung bedeutet, nicht ein. Obwohl in den Satzungen des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ gesagt ist, daß der Rat eine offene Organisation sei und auch andere Staaten dem Rat beitreten könnten, machten die Chinesen von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch. Sie nehmen nur, wie in der Vergangenheit auch Jugoslawien, als Beobachter an den Tagungen dieses Wirtschaftsrates teil.

Nachdem Chruschtschow auf dem XX. Moskauer Parteitag die Arbeitsteilung und Produktionsbeschränkung der Staaten des Ostblocks angeschnitten hatte, fühlte sich auch Tschou En-lai verpflichtet, zu diesem Problem Stellung zu nehmen.

Auf dem VIII. Parteitag der KP Chinas im September 1956, etwa ein halbes Jahr nach dem Moskauer Parteitag, griff Tschou En-lai diese Frage wie folgt auf:

„Manche fragen: Ist es noch notwendig unter den Bedingungen der unentwegten Entwicklung der Wirtschaft der sozialistischen Länder mit der Sowjetunion an der Spitze und des Bestehens der Möglichkeit einer breiten ökonomischen Zusammenarbeit zwischen allen sozialistischen Ländern in unserem Lande ein vollständiges Industriesystem zu errichten? Wir sind der Meinung, daß sich die gegenwärtige Lage unseres Landes bedeutend von der Lage der Sowjetunion in der Anfangsperiode ihres Aufbaues, in der sie wirtschaftlich isoliert war und keinerlei Hilfe bekam, unterscheidet. Die Entwicklung und die Existenz der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratien schufen in unserem Lande äußerst günstige Bedingungen für die sozialistische Industrialisierung.“

Aber in unserem Lande, daß eine so große Bevölkerung, verhältnismäßig reiche Ressourcen und große Bedürfnisse hat, besteht dennoch die Notwendigkeit, ein vollkommenes Industriesystem zu errichten.“

*) s. Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ vom 6. August 1958 „COMECON — Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“.

Vom Gesichtspunkt der innerstaatlichen Forderungen ist das damit zu erklären, daß wir in kurzer Frist die Rückständigkeit unserer Volkswirtschaft beseitigen müssen, und vom Standpunkt der internationalen Erfordernisse, daß die Schaffung einer mächtigen Industrie in unserem Lande dem allgemeinen Aufschwung der Wirtschaft der sozialistischen Länder helfen kann und die Kräfte für die Verteidigung des Weltfriedens stärkt.

Deshalb ist die Kostgänger-Gesinnung, die die Notwendigkeit unseres eigenen vollkommenen Industriesystems verneint, falsch“ („Prawda“ vom 19. 9. 1956, Sperrungen v. V.).

Diese in der Moskauer Thesensprache gehaltenen Ausführungen Tschou En-lais waren eine glatte chinesische Ablehnung der sowjetischen Vorschläge auf Verzicht zur Entwicklung aller Zweige der Schwerindustrie und auf Produktionsbeschränkungen, wie sie Chruschtschow auf dem XX. Moskauer Parteitag für den Ostblock konzipierte.

Und wie bei anderen Gelegenheiten, bei denen es sich um China handelte, lenkten auch in diesem Fall die Sowjets ein. Auch diesmal wurde von Moskau eine „Theorie der chinesischen Besonderheiten“, die nur für China Gültigkeit habe, fabriziert. Die zuständige sowjetische Zeitschrift „Woprossi ekonomiki“ verkündete:

„Außer der Sowjetunion kann sich von den Staaten des sozialistischen Lagers nur ein solches an gewaltigen menschlichen und natürlichen Ressourcen reiches Land wie die Chinesische Volksrepublik die analoge Aufgabe der Schaffung einer allseitig entwickelten Wirtschaft, die alle Bedürfnisse des Landes voll befriedigt, stellen.

Kein anderes Land der Volksdemokratie verfügt über die realen Bedingungen dafür“ („Woprossi ekonomiki“, Nr. 10/1957, S. 37, Sperrungen v. V.).

Diese Auslassungen des theoretischen Moskauer Wirtschaftsorgans sind äußerst aufschlußreich. Sie bestätigen, daß im Ostblocksystem keine wirtschaftliche Gleichberechtigung gilt.

Die Volkswirtschaften der europäischen Ostblockländer sind im „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ zu einer Wirtschaftsunion verschmolzen. Die Führung dieser Wirtschaftsunion liegt bei der UdSSR, die allein innerhalb dieses Rates das Recht hat, ihre Volkswirtschaft allseitig zu entwickeln und sich keinerlei Ratsbeschränkungen aufzuerlegen braucht.

Nur China, das außerhalb des Rates steht, sind die gleichen Rechte wie der UdSSR zugebilligt. Damit wurde eine neue Koexistenzform im Ostblock geschaffen, das Nebeneinanderbestehen zweier Wirtschaftsführer zunächst theoretisch zugestanden. Wenn auch diese Vorrechte, die China zugebilligt werden mußten, heute noch keine allzu große praktische Bedeutung haben mögen, mit dem Rückgang der Sowjethilfe für China, mit weiteren chinesischen Sprüngen nach vorn und mit der Verwirklichung des chinesischen Zieles, England in zehn bis fünfzehn Jahren in der Grundstoffindustrie zu überflügeln, werden sie bestimmt zur Geltung kommen.

„Nur ein solches an gewaltigen menschlichen und natürlichen Ressourcen reiches Land wie die Chinesische Volksrepublik“ kann sich außer der UdSSR — nach den obigen Darlegungen — die Aufgabe stellen, seine Volkswirtschaft allseitig zu entwickeln. Scheinbar sind es also objektive Gründe, die Chinas Sonderstellung verursachten. Diese Begründung ist aber wenig stichhaltig! Es gibt eine Zahl von Ländern, die nicht über eine genügende Rohstoffbasis verfügen, aber dennoch ihre Volkswirtschaft allseitig entwickelt haben. Aber wenn die objektiven Bedingungen für China — wie für die UdSSR — schon zutreffen und China deshalb sich der Produktionskoordinierung des Ostblocks nicht anschließen braucht, warum gehören dann Nord-Korea, die Mongolei und Nord-Vietnam, für die doch die „realen Bedingungen“, von denen obige Zeitschrift sprach, bestimmt nicht existieren, dem „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ ebenfalls nicht an?

Auch diese Tatsache beweist, daß es sich bei der Sonderstellung Chinas weniger um objektive Gründe handelt, sondern daß sich Mao Tse-tung auch im Wirtschaftssystem des Ostblocks Vorrechte gesichert hat. Und diese Vorrechte schließen, wie die Beispiele Nord-Korea, Nord-Vietnam und die Mongolei zeigen, auch Chinas Interessen in Asien ein.

China hat tatsächlich die ersten Keimformen einer eigenen Wirtschaftshilfe, vornehmlich einer Finanzhilfe an die Länder Asiens und Afrikas, entwickelt. Die chinesische Wirtschaftshilfepolitik müßte gesondert behandelt werden. Hier soll nur angedeutet werden, daß diese chinesische Finanzhilfe an andere Länder, besonders in den letzten Jahren, die Summen der Sowjethilfe übertrifft.

Unter der Rubrik „Hilfeleistung für andere Länder“ werden in den chinesischen Staatshaushaltsplänen ausgewiesen: für 1953 = 1 592 Mill. Yuan, für 1954 = 628 Mill. Yuan, für 1955 = 406 Mill. Yuan, für 1956 = 404 Mill. Yuan, für 1957 = 508 Mill. Yuan und für 1958 = 454 Mill. Yuan. Die weitere Entwicklung der Wirtschaftshilfepolitik Chinas hängt wirklich von dem Gelingen der „Sprünge“, d. h. der Industrialisierung Chinas ab. Die bisher genannten Produktionsziffern für das Jahr 1959 deuten an, daß die Chinesen in diesem Jahre 1959 den Produktionsindex von 1958 noch übertreffen wollen.

Auf der erwähnten Tagung des ZK der KPCh im November/Dezember 1958 in Wuchang wurden für das Jahr 1959 folgende Hauptziele proklamiert:

„Steigerung der Stahlproduktion von schätzungsweise 11 Millionen Tonnen in diesem Jahr (1958, d. V.) auf etwa 18 Millionen Tonnen. Steigerung der Kohlenförderung von schätzungsweise 270 Millionen Tonnen auf etwa 380 Millionen Tonnen. Erhöhung der Getreideerzeugung von etwa 375 Millionen Tonnen auf etwa 500 Millionen Tonnen, Steigerung der Baumwollerzeugung von etwa 3,35 Millionen Tonnen in diesem Jahr (1958, d. V.) auf etwa 5 Millionen Tonnen“. („Prawda“ vom 18. Dezember 1958, Sperrungen des Verfassers).

Durch den Entscheid der jüngsten Wirtschaftskonferenz der Länder Asiens und Afrikas, die den Nasserplan der Errichtung der afro-asiatischen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem vorläufigen Sitz in Kairo akzeptierte, wären den Chinesen unter der Voraussetzung des weiteren Gelingens ihrer Produktionssteigerungspläne größere Möglichkeiten zur Entfaltung einer stärkeren Wirtschaftsaktivität in Asien und Afrika gegeben.

Innerhalb dieser neuen afro-asiatischen Wirtschaftsorganisation, die von ihren Initiatoren „als Antwort auf den Gemeinsamen Europäischen Markt“ ins Leben gerufen wurde, stehen die Auseinandersetzungen um die Führung noch bevor. Nach der Führung strebt sowohl Mao Tse-tung wie auch Nasser. Auch die Frage, welchen Zielen die Chinesen in dieser neuen Wirtschaftsorganisation Asiens und Afrikas zustreben werden, ob sie diese Organisation zur Stärkung ihrer eigenen Position benutzen oder unter sowjetischem Einfluß versuchen werden, diese Wirtschaftsorganisation zu einem Pendant der „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ zu machen, ist noch offen. Die jüngste Diskussion der Sowjet-Ökonomen in Moskau, in welcher der Sowjetökonomist und sowjetische Wirtschaftshilfepropagandist auf der Kairoer Solidaritätskonferenz im Dezember 1957 Arsumanjan, eine neue Theorie über die fortschrittliche Rolle des afro-asiatischen Staatskapitalismus im Kampfe gegen den Imperialismus entwickelte, signalisiert bereits, daß die Sowjets zu Zugeständnissen an die Chinesen in Asien und Afrika gezwungen sind. Wie es scheint, schwebt den Sowjets eine Arbeitsteilung vor, bei welcher den Chinesen die Aufgabe der Ausbildung der kommunistischen Kader für die Länder Asiens, in welchen die KP eine Rolle spielt, zufällt, während die Sowjets die Ausbildung der Manger für die Länder des asiatisch-afrikanischen Staatskapitalismus, wie z. B. für die Vereinigte Arabische Republik, übernehmen. Aber auch eine solche Arbeitsteilung würde nur das Kräfteverhältnis der Gegenwart berücksichtigen.

Jedenfalls ist die Frage der führenden Rolle Chinas gestellt. Und sie wurde von niemanden anderes als von Mao Tse-tung öffentlich aufgeworfen.

Die „führende Rolle der Sowjetunion“ war bisher ein Axiom, ein unlöslicher Bestandteil der kommunistischen Doktrin. Auch der Versuch, die Frage aufzurollen, ob nicht ein anderes Land im Ostblock die Führung haben könne, galt als Ketzerei.

Als aber Mao Tse-tung auf der Moskauer Tagung der 12 kommunistischen Parteien im November 1957 die führende Rolle der Sowjetunion zu begründen hatte, begann er mit der Fragestellung, ob nicht die Kommunistische Partei Chinas zu dieser Führung berufen sei. Ob Mao diese Frage aufwarf, weil sie im Ostblock diskutiert wurde oder ob er einen Versuchsballon steigen ließ, ist schwer zu beantworten.

Jedenfalls ist die Begründung Maos für die Führung des Ostblocks durch die Sowjetunion sehr aufschlußreich:

China habe zwar große Erfahrungen in der Revolution — sagte er — aber nur wenig Erfahrungen in bezug auf den sozialistischen Aufbau. Das gilt heute — konnte der Zuhörer denken — aber morgen wird auch China seine Erfahrungen haben.

„China sei ein großes Land — begründete er weiter — habe aber nur eine kleine Industrie.“ Der Sprung nach vorn“ war der erste Schritt zur Behebung dieses Mangels — könnte man kommentieren.

„China habe nicht einmal einen Viertel Sputnik — fuhr Mao fort — die Sowjetunion aber zwei.“

Das sind Argumente Mao Tse-tungs, die er mit der Feststellung beendete: *„Aus alledem ergebe sich die führende Rolle der Sowjetunion . . .“* (Alle zitierten Stellen nach „Neues Deutschland“ vom 30. November 1957).

Die „führende Rolle der Sowjetunion“ ergibt sich nach diesen Darlegungen Maos aus dem, was China noch nicht hat! Wer im Ostblock könnte wohl — außer Mao — in dieser zweideutigen Form die führende Rolle der Sowjetunion im Ostblock begründen? Das können nur die Chinesen. Und auch das beweist, welche Veränderungen sich im Ostblock nach der großen Krise 1956/57 vollzogen haben und noch vollziehen.